

Kongress „Stadtumbau Ost – Perspektiven für den innerstädtischen Altbaubestand“ am 19. Oktober in Berlin:

Zusammenfassender Bericht



Zusammenfassender Bericht des Kongresses „Stadtumbau Ost – Perspektiven für den innerstädtischen Altbaubestand“ am 19. Oktober 2007 im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin

In den ostdeutschen Innenstädten sind in den letzten 15 Jahren vielfältige Investitionen in den Gebäudebestand und den öffentlichen Raum geflossen. Damit hat sich das Gesicht der Städte deutlich zum Positiven verändert. Ungeachtet dessen stellen sich die Entwicklungsperspektiven innerstädtischer Altbaubestände heute differenziert dar. Gerade in Altbauquartieren, in denen der Sanierungsprozess noch nicht so weit fortgeschritten ist, konzentrieren sich oft hohe Leerstände. Gleichzeitig wird der Abriss von Altbauten zunehmend kritisiert. Vor diesem Hintergrund fand am 19. Oktober 2007 in Berlin der Kongress „Stadtumbau Ost – Perspektiven für den innerstädtischen Altbaubestand“ im Erich-Klausener-Saal des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit rund 250 Teilnehmern statt.

Der Kongress hatte das Ziel, die aktuell kontroverse Diskussion zum künftigen Umgang mit derzeit noch unsanierter, leer stehender Altbauseubstanz aufzugreifen und einen öffentlichkeitswirksamen Anstoß für einen gesellschaftlichen Diskurs zu Zukunftsperspektiven der ostdeutschen Altbaubestände zu geben. Beabsichtigt war, einen möglichst breiten Konsens für die Erhaltung dieses Bestandes herzustellen und neue Nutzungsideen sowie neue Akteure im Erhaltungsprozess der Stadt in den Blick zu nehmen. Dabei sollten die Rahmenbedingungen der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland die Grundlage bilden.

Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee: Innerstädtische Altbauquartiere beim Stadtumbau besser schützen

„Das Programm Stadtumbau Ost unterstützt vom Wohnungsleerstand betroffene Gemeinden, ihre Infrastruktur den neuen Anforderungen anzupassen. Es unterstützt aber nicht nur den Abriss nicht mehr benötigter Gebäude, sondern in gleichem Maße auch die Aufwertung der Quartiere. Die innerstädtischen Altbauquartiere benötigten dabei einen besonderen Schutz, da ihr Erhalt oft wirtschaftlich schwieriger ist als der neuerer Bauten am Stadtrand.“

Das sagte Bundesbauminister **Wolfgang Tiefensee** (Eröffnungsrede) in Berlin. Der Minister stellte klar, dass die Altbaubestände von besonderem Wert seien:

"Unsere ostdeutschen Städte haben es trotz der enormen strukturellen Veränderungen geschafft, ihre Identität zu bewahren. Nicht zuletzt die historischen Stadtkerne haben sich zu touristischen Anziehungspunkten und damit zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt. Trotz der enormen Leistungen der Stadtsanierung seit der Wende bleibt jedoch noch viel zu tun.“

Tiefensee hob die Erfolge hervor, die bislang mit dem Programm Stadtumbau Ost erreicht wurden.

"Beim Wohnungsleerstand haben wir eine Trendwende erreicht. Die wirtschaftliche Lage der Wohnungsunternehmen hat sich verbessert. Aufwertungsmaßnahmen sind bereits heute im Stadtbild sichtbar und tragen in vielen Stadtteilen zur Verbesserung der Lebensqualität bei.“

Der Bund setze sich nachdrücklich für die Fortführung des Programms Stadtumbau Ost über 2009 ein. Wie und mit welchen Akzenten dies geschehen soll, werde auf der Basis der laufenden Evaluierung des Programms entschieden. Es gehe zukünftig auch darum, das Programm mehr auf die Aufwertung der innerstädtischen Altbauquartiere auszurichten. Ziel sei es, Innenstädte und Ortsteilzentren zu stärken, Baudenkmäler und Stadtbild prägende Gebäude zu erhalten und dadurch lebendige und lebenswerte Quartiere zu schaffen, die auch für Familien attraktiv sind.

"Es geht also darum, im Stadtumbau neue Akzente zu setzen. Wir bereiten zur Zeit gemeinsam mit den Ländern zwei neue Förderprogramme vor, die zielgerichtet besonders die Innenentwicklung der Städte unterstützen. Zudem wollen wir bei der Altschuldenhilfe weitere Anreize für die Erhaltung von Altbauten schaffen", so Tiefensee.



Innerstädtische Altbauquartiere – zwischen Topadresse und Verfall



Dr. Heike Liebmann, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung und Projektleiterin der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost, skizzierte mit ihren einführenden Thesen „Innerstädtische Altbauquartiere – zwischen Topadresse und Verfall“ das Konfliktfeld. Danach seien innerstädtische Altbauquartiere unverzichtbar für die Attraktivität der Städte. Die Stadterneuerung in Ostdeutschland sei eine Erfolgsgeschichte, resultierende Ausstrahlungseffekte seien ermutigende Zeichen für eine Renaissance der Innenstädte. Gleichwohl bewegten sich die Marktperspektiven der Altbauquartiere heute zwischen „Sorgenkind“ und „Selbstläufer“.

Sie formulierte Ansätze und erste Überlegungen für ein verantwortungsvolleres Umgehen mit diesen Problemfeldern. Hierbei spiele das bessere Zusammenwirken der Akteure und das Gewinnen neuer Partner bei der Nutzung und Erhaltung der innerstädtischen Altbaubestände eine besondere Rolle.



In der **ersten Gesprächsrunde** mit Vertretern der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene sowie einer Förderbank, wurden die unterschiedlichen Problemsichten und Ansätze deutlich. Einig war man sich in der Tatsache, dass eine unübersehbare Konsolidierung der Innenstädte erreicht worden ist und dass die Weiterführung und Vollendung des Prozesses ungleich schwerer wird. Einigkeit herrschte auch über die Bedeutung der integrierten Stadtentwicklungskonzepte insbesondere aus der Sicht der gesamtstädtischen Entwicklung. Die Gesprächsrunde wurde von Dr. Ursula Weidenfeld, stellvertretende Chefredakteurin des „Tagesspiegel“ moderiert.

In seinem Eingangsstatement konstatierte **Martin zur Nedden**, Bürgermeister und Beigeordneter der Stadt Leipzig sowie Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetages, dass insgesamt bereits heute eine Konsolidierung der Innenstädte erreicht sei. Im Falle Leipzigs sei es etwa gelungen, 40.000 neue Einwohner für die

Kernstadt zu gewinnen. Weitere Anstrengungen seien darauf gerichtet, die unterschiedlichen Akteursgruppen mit ihren individuellen Interessen besser in den Stadtumbau einzubinden – dies sei ein zentrales Element des neuen Leipziger Stadtentwicklungskonzepts. Künftig müsse auch auf instrumenteller Ebene noch intensiver darüber nachgedacht werden, mit innovativen Ansätzen die Konsolidierung der Innenstädte weiter zu befördern.

Dr. Ernst Isensee, Abteilungsleiter im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, prognostizierte, dass der aus stadträumlichen und baukulturellen Gründen gewollte Erhalt innerstädtischer Altbausubstanz fiskalisch und volkswirtschaftlich aufwändiger werde. Deshalb sei eine Konzentration auf die tatsächlich erhaltenswerte Gebäudesubstanz angezeigt. Dabei bestehe eine Verantwortungsgemeinschaft von öffentlicher Hand, Kapitalgebern und Eigentümern im Sinne einer Allianz für die Wettbewerbsfähigkeit der Städte. Er regte an, insbesondere über eine fiskalische Entwicklungssteuerung „schwieriger“ Gebäude nachzudenken.

Für die Situation im Land Brandenburg resümierte **Jürgen Schweinberger**, Abteilungsleiter im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, den erfolgreichen Einsatz des vorhandenen städtebaurechtlichen Instrumentariums – allerdings sei auch die Problemdichte bislang insgesamt geringer als in anderen Bundesländern. Trotz der Tatsache, dass sich mit marktgängigen Mieten der finanzielle Aufwand für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den vom Stadtumbau betroffenen innerstädtischen Beständen nicht realisieren lasse, werde ein geförderter Abriss dieser Bausubstanz im Land Brandenburg grundsätzlich ausgeschlossen. Vielmehr werde in diesen Kulissen auf eine Bündelungsstrategie mit weiteren Fördermitteln gesetzt. Dabei ziele man im Sinne einer Doppelstrategie einerseits auf die Aktivierung privater Eigentümer und andererseits auf eine stärkere Einbindung der organisierten Wohnungswirtschaft.

Fritz-Peter Schade, Geschäftsführer der Wittenberger Wohnungsbaugesellschaft, machte deutlich, dass sich seine Wohnungsbaugesellschaft bei den Abrissmaßnahmen an stadtentwicklungspolitischen Vorgaben orientiert hatte. Ein Zukauf weiterer Bestände sei derzeit kaum vorstellbar, wenn sie nicht zugleich auch konzeptionell in den betriebswirtschaftlichen Ansatz des Unternehmens passten. Er schloss sich zudem der Forderung nach einem Pakt – insbesondere für Aktivitäten von „Pionieren“ in gefährdeten Quartieren - zwischen Privaten, Kommunen und der Wohnungswirtschaft an und plädierte nachdrücklich für die Wiedereinführung der Investitionszulage Bau.

Eine deutlichere Beschränkung und Ausrichtung staatlicher Förderung forderte **Stefan Weber**, Vorstandsvorsitzender der Sächsischen Aufbaubank. Fördervoraussetzung sei eine langfristige Perspektive einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung als „Min-

destmaß“ an ökonomischer Vernunft. Die Stadtplanung müsse sich zudem auf ihre Kernkompetenz des Flächenmanagements besinnen und einen gebäudescharfen Steuerungsanspruch aufgeben. Von den kommunalen Akteuren müsse in diesem Zusammenhang stärker eine „Kultur der Güterabwägung“ entwickelt werden.

Der ökonomische Aspekt sei wichtig, so **Dr. Peter Runkel**, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, insgesamt müsse aber eine Gesamtbetrachtung beim Umgang mit Altbauten erfolgen. Die Innenstädte seien die kommunikative Mitte der Gesellschaft, diese könne man nicht verfallen oder abreißen lassen. Es müssten sinnvollere Lösungen gefunden werden. Entscheidend sei dabei die Mitwirkungsbereitschaft der Einzeleigentümer. Notwendig wäre ein stärkerer Einsatz von Aufwertungsmitteln in den Quartieren, damit Investoren und Eigentümer wieder investieren. Dies wäre ein Signal an Private, dass sich Investitionen rechnen. Bei der Sanierung von Altbauquartieren müsse auch über Standards nachgedacht werden. In der Frage einer möglichen Wiedereinführung der Investitionszulage Bau signalisierte er die Gesprächsbereitschaft des Bundes, sofern die Länder entsprechende Bedarfe anmeldeten.

Stadt als Kulturgut



In seinem Vortrag plädierte **Prof. Dr. Franz Pesch** eindringlich für die „Stadt als Kulturgut“. Er stellte an Hand von Beispielen, insbesondere aus Dresden, die Bedeutung innerstädtischer Altbauquartiere für die Identität der Stadt dar. Die Bewahrung und zeitgerechte Weiterentwicklung des Baubestandes und der Qualitäten öffentlicher Räume seien unverzichtbare Bestandteile im Wettbewerb der Städte und unabdingbar hinsichtlich der touristischen Attraktivität. Darüber hinaus verwies er auf die derzeit paradoxe Situation, dass einerseits historische Bausubstanz als Kulisse neu entsteht, während andernorts erhaltene historische Werte verfallen oder vernichtet werden. Jedoch sei die architektonische und insbesondere die atmosphärische Qualität des originalen Bestandes nie wieder reproduzierbar.

Mit Blick auf die geschichtliche Entwicklung der europäischen Stadt, die immer wieder auch Perioden der Schrumpfung umfasst habe, machte er im „Markt“ einerseits und im „Gemeinschaftsinteresse“ andererseits die beiden prägenden Kräfte aus. Im Vergleich mit amerikanischen, rein marktbasierten Szenarien stellten Planung und Steuerung ein Charakteristikum europäischer Stadtentwicklungsgeschichte dar, mit deren Fortführung unter den Bedingungen der Schrumpfung das Entstehen „urbaner Wüsten“ zu verhindern sei.

In der Bilanz, so Prof. Dr. Pesch, seien die positiven Entwicklungschancen und positiven gesamtstädtischen Effekte der innerstädtischen und innenstadtnahen Räume meist größer einzuschätzen als die derzeitigen Schwierigkeiten beim Umgang mit diesen.

Wohnpräferenzen der Zukunft



Ben Rodenhäuser, Direktor Foresight Research der Z_punkt GmbH Essen, beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Frage, inwieweit aus den abzusehenden Entwicklungen und Wohnpräferenzen der Zukunft Chancen für die Innenstädte abzuleiten sind. In seinem Resümee sprach er von einer sich andeutenden „Renaissance der Innenstadt“ als geeigneter Lebensraum für alle Alters- und sozialen Gruppen und Schichten. Er verwies darauf, dass sich der Begriff der Renaissance der Stadt sowohl auf einer quantitativen wie auch auf einer qualitativen Ebene verstehen ließe. Er sprach daher in diesem Zusammenhang von einer neuen „Lust auf

Stadt“, die sich beispielsweise dadurch äußert, dass das gesellschaftliche Klima städtefreundlicher geworden wäre und das Leitbild des vorstädtischen Wohnens im Grünen nicht mehr das beherrschende Wunschbild vieler Menschen sei. Er appellierte an die Städte, diesen Wandel zu nutzen, vermehrt weiche Standortfaktoren zu entwickeln und somit die Attraktivität der Innenstädte zu erhöhen. Er verwies darauf, dass weiche Standortfaktoren, wie das qualitativ hochwertige historische Stadtbild mittelfristig den wirtschaftlichen Erfolg der Städte positiv beeinflussen.

Strategien für die Innenstädte



In der **zweiten Gesprächsrunde** waren mit Vertretern aus Kommunen, der Verbände Haus & Grund, als Interessenverband der privaten Einzeleigentümer, und GdW, als Ver-

band der organisierten Wohnungswirtschaft, der Denkmalpflege und von Bürgerinitiativen vor allem „Handelnde vor Ort“ vertreten.

In ihrem viel beachteten Eingangsstatement rief **Dr. Ulrike Wendland**, Landekonservatorin von Sachsen-Anhalt, in Erinnerung, dass die Denkmalpflege bereits seit ihrer Institutionalisierung vor etwa 150 Jahren Stadtentwicklungsprozesse begleite, und zwar in anwaltschaftlicher Funktion zugunsten der baukulturellen Werte. Die dabei formulierten Erhaltungsstandards könnten angesichts der aktuellen Situation unter Umständen jedoch kritisch reflektiert werden. Von zentraler Bedeutung sei es zunächst, den grundsätzlichen Erhaltungsimpuls eines Eigentümers zu honorieren, und die Realisierung weitergehender gestalterischer Intentionen gegebenenfalls zukünftigen Generationen zu überlassen. Zur Bewältigung der derzeitigen Herausforderungen sei der Schulterschluss aller Akteure notwendig. Zudem sei es erforderlich, dass alle Akteure ihre Positionen selbstkritisch reflektierten und gegebenenfalls lösungsorientiert modifizierten.

Konrad Ballheim, Referatsleiter im Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr, erläuterte am Beispiel des Projekts „Enge Gasse“ in Bad Langensalza die erfolgreiche Thüringer Landesinitiative „Genial zentral“, die unter anderem auf die Neubebauung innerstädtischer Brachen als Beitrag zur Innenstadtaufwertung setzt. Entsprechend ermunterte er die Gemeinden zu einer aktiven Grundstückspolitik. Grundlage konkreter Handlungsoptionen müsse allerdings eine städtebauliche Bewertung der Problemlagen sein. Er plädierte auch für eine verstärkte Nutzung der Möglichkeiten zur Gebäudesicherung. Notfalls müssten, wie bereits Anfang der 1990er Jahre, Ersatzvornahmen durch die Kommune durchgeführt werden.

Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen, **Lutz Freitag**, unterstrich das Interesse an einer intensiven Partnerschaft in Fragen der Innenstadtentwicklung. Sofern sich die Politik stärker auf dieses Feld konzentrieren würde, prognostizierte er ein größeres Engagement insbesondere jener Wohnungsunternehmen, die ein nachhaltiges Geschäftsmodell verfolgten. Er betonte, dass der GdW nur 4,2 Prozent seiner Bestände tatsächlich im Altbau verortet habe, dennoch aber auch Verantwortung für das noch unsanierte Drittel der innerstädtischen Altbaubestände übernehmen müsse. Weiterhin forderte er die Gemeinsamkeit im weiteren Handeln mit den Verbänden der privaten Wohnungs- und Grundstückseigentümer. Er unterstrich besonders die Notwendigkeit, den Stadtumbau nach 2009 weiter fortzusetzen.

Das Angebot zur Zusammenarbeit beim Stadtumbau des GdW wurde von **Dr. Rolf Kornemann**, Präsident des Verbandes Haus und Grund Deutschland, begrüßt. Die wirtschaftliche Lage der privaten Eigentümer, die gerade die innerstädtischen Altbaubestände

repräsentieren, sei prekär. Hier gelte es insbesondere „Brücken zu bauen“ zwischen den bestehenden Förderinstrumenten und den finanziellen Möglichkeiten der Eigentümer. Er wies darauf hin, dass die gegenwärtige Ausgestaltung der Förderpolitik ein intensiveres Engagement der privaten Kleineigentümer noch nicht zuließe. Ziel müsse die Aktivierung der durchaus vorhandenen privaten Investitionsbereitschaft sein. „Aus Betroffenen Beteiligte machen!“ war sein Plädoyer.

Die erfreuliche Hinwendung der Bürger zur Innenstadt konstatierte **Arne Schuldt**, Bürgermeister von Güstrow. Er berichtete über den erfolgreichen Verlauf der Altstadtsanierung. Mit Hilfe der Städtebauförderung sei es gelungen, den Leerstand im mittelalterlich geprägten Kern von 45 % (2002) auf 25 % (2007) zu senken, ohne historische Bausubstanz abzureißen. Entsprechend seien Zuzüge aller Altersgruppen für diesen Stadtteil zu verzeichnen, mit denen die Einwohnerzahl vom Tiefpunkt mit 2.000 Einwohnern auf aktuell 3.000 Einwohner angestiegen sei. Mit dem innerstädtischen Neubauprojekt „Viertes Viertel“ werde zudem speziell die Zielgruppe der Älteren angesprochen. Er regte kommunale Bürgschaften für bestimmte Problemfälle in den Städten an, um Entwicklungsblokkaden aufzubrechen.

Der Vertreter des Vereins „Haushalten e.V.“ aus Leipzig, **Tim Tröger**, schilderte eindrucksvoll das Konzept der „Wächterhäuser“. Dabei werden für leer stehende, vorrangig Stadtbild prägende Altbauten Zwischennutzungen auf der Grundlage rechtsfähiger Vertragssituationen vermittelt. Nutzerzielgruppen sind vor allem Vereine, die im kulturellen und sozialen Bereich aktiv sind, aber auch junge Kreative. Positive Effekte ergeben sich damit für die Stadt nicht nur durch den baulichen Erhalt der Stadtstruktur, sondern auch durch einen Zuwachs an soziokultureller Infrastruktur. Die ersten Beispiele lassen eine Verallgemeinerung und Übertragung des Modells auf weitere Objekte und Städte sinnvoll erscheinen und finden inzwischen Nachahmer.

Schlusswort

In seinem Schlusswort konnte Staatssekretär **Dr. Lütke Daldrup** auf eine spannende Debatte verweisen. Er betonte, dass im intensiven Meinungsaustausch die Probleme offen dargelegt wurden. Im Ergebnis sei deutlich geworden, dass die Probleme nur gemeinsam gelöst werden könnten. Deshalb warb Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup dafür, den Kongress nicht als Abschluss, sondern als Auftakt einer weitergehenden Auseinandersetzung mit der Thematik der



Altbaubestände beim Stadtumbau zu verstehen. Er forderte dazu auf, sich an den vielen benannten guten Beispielen zu orientieren – so gäbe es für den Erhalt scheinbar perspektivloser Altbauten vielversprechende Ansätze. Für das weitere Handeln verwies er insbesondere auf folgende Aspekte:

- Bei der Nutzung der Altbausubstanz spiele die Qualität städtischen Wohnens eine wichtige Rolle. Dazu gehöre vor allem die soziale Qualität des Wohnens, um Familien in der Innenstadt zu halten oder sie für die Innenstadt zu gewinnen. So müsse auch das Wohnumfeld stimmen. Aufwertungsstrategien müssen auf die Umfeldqualitäten zielen, die auch Basis privater Investitionsentscheidungen seien. Hier könne auch weiterhin mit den Mitteln der Städtebauförderung geholfen werden.
- Positive Erhaltungseffekte versprächen auch Ansätze zur Bildung selbstgenutzten Eigentums im Altbaubestand, beispielsweise durch Eigentümergruppen oder Baugemeinschaften.
- Die Wohnungsunternehmen sollten durch ein stärkeres Engagement in den Innenstädten - bis hin zum Kauf von Gebäuden – ihr Portfolio qualifizieren und damit einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung der Innenstädte leisten.
- Auch Möglichkeiten der Zwischennutzung wie die vorgestellten Wächterhäuser sollten in Betracht gezogen und aktiv unterstützt werden. Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup appellierte an die kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Eigentümer, solche Ideen konstruktiv aufzugreifen.
- Die wichtigste Grundlage für einen erfolgreichen Stadtumbau seien integrierte Stadtentwicklungskonzepte. Neben der Städtebau- und Wohnungspolitik müssten auch wesentliche Aspekte der Wirtschafts-, Arbeits- und Bildungs-, Sozial- und Verkehrspolitik einbezogen werden.
- Die privaten Eigentümer gehörten zu den zentralen Akteuren im Stadtumbau. Der Bund suche deshalb nach Möglichkeiten für die stärkere Einbeziehung privater Eigentümer. Modellvorhaben zur Bildung von Eigentümerstandortgemeinschaften sollen unterstützt werden. Das darauf ausgerichtete neue ExWost-Forschungsfeld befinde sich in der Abstimmung mit den Ländern.
- Ziel sei es, den Rückbau von denkmalgeschützten und das Stadtbild prägenden Altbauten weiter einzugrenzen. Über die geeigneten Instrumente wird der Bund sich mit den Ländern einigen.
- Die Evaluierung des Programms Stadtumbau Ost werde im Frühjahr 2008 abgeschlossen sein. Ergebnis werden Empfehlungen für die Ausgestaltung des Stadtumbau Ost nach 2009 sein.
- Es wird vorgesehen, bei der Altschuldenhilfe Anreize für die Erhaltung von Altbauten zu setzen. Die Wohnungsunternehmen könnten auf Antrag Sanierungsmittel anstelle der Altschuldenhilfen erhalten, wenn sie Altbauten sanieren.

- Über die mögliche Wiedereinführung der Investitionszulage als wichtiges Instrument zur Stärkung der innerstädtischen Altbaubestände sollte nachgedacht werden.
- Das Bemühen um den Erhalt von länger leer stehender Altbausubstanz sei keine einfache Aufgabe. Deshalb sind Geduld und ein „langer Atem“ gefordert. Letztendlich werden sich die baulichen und kulturellen Qualitäten der Innenstädte auch bei schrumpfenden Märkten durchsetzen.

Abschließend dankte Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup allen Mitwirkenden und Teilnehmern des Kongresses. Der öffentliche Diskurs zum Umgang mit innerstädtischen Altbaubeständen sei ein Kernthema unserer Baukultur und Identität. Er kündigte an, dass der Kongress in einem Jahr fortgesetzt werden soll, um bis dahin Erreichtes zu reflektieren und weitere Ziele abzustecken.